



Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V.

Magdeburger Erklärung der GGG zur Gesamtschulentwicklung in den östlichen Bundesländern vom 20. April 1996

In den östlichen Bundesländern verstärken sich zwei parallel verlaufende Prozesse und führen zu einer immer deutlicheren Krise des Schulwesens:

1. Eine nahezu explosionsartig gesteigerte Nachfrage nach höheren Bildungsabschlüssen verschärft die auch in den alten Bundesländern bekannten Defizite des gegliederten Schulwesens:
 - Bildungsexpansion findet statt, aber ohne Chancengleichheit für die unteren sozialen Schichten.
 - Die Bildungskarrieren sind nach der 4. bzw. 6. Klasse weitgehend festgeschrieben. Die gepriesene „Durchlässigkeit“ entpuppt sich als „Einbahnstraße“ zu den jeweils geringer bewerteten Schulen.
 - Die Zahl der Gescheiterten und Erfolglosen ist (zu) hoch. (1994: 4% Sitzenbleiber, 8,7% = 74.200 Schulabgänger ohne jeglichen Schulabschluss, 14,4% ohne abgeschlossene Berufsausbildung).

Erfolglosigkeit und sozial determinierte Selektivität im gegliederten Schulwesen erweisen sich in den neuen Ländern als besonders fatal: Faktisch kommt der Wechsel in die nicht gymnasialen Bildungswege für zahlreiche Jugendliche einer „Vorverurteilung“ zu ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen oder zur Arbeitslosigkeit gleich.

Haupt- und Sonderschulen sind bereits zu Problemsammelbecken der Gesellschaft geworden. Das gleiche droht in einem hierarchisch gegliederten System, auch wenn dieses nur zweigliedrig ist, dem letzten Glied. Es wird nicht gewählt, sondern bekommt die SchülerInnen zugewiesen, die von den anderen Schulen abgewiesen werden.

2. Die – auch in den alten Bundesländern – bestehende Strukturkrise wird in den neuen Ländern durch einen historisch in Deutschland beispiellosen Rückgang der Geburtenzahlen extrem verschärft. In der kurzen Zeit von 1989 bis 1994 reduzierten sich die Geburtenzahlen auf etwa 40% (1989 in der alten DDR 200.000 Ge-

burten, 1994 nur noch 80.000 Geburten).

Während zum Schuljahr 1994/95 noch 185.000 Kinder eingeschult wurden, werden die Einschulungszahlen in den Folgejahren sehr schnell sinken. Im Schuljahr 2000/01 können im gesamten Gebiet der DDR nur noch weniger als 80.000 Kinder in den ersten Klassen der Grundschulen erwartet werden. Schulschließungen sind daher ab jetzt zu erwarten bzw. nur durch schnelles, phantasievolles Handeln zu verhindern. Noch dramatischer wirkt sich der demographische Einbruch für die weiterführenden Schulen aus. Wenn mehrere Schulformen der Sekundarstufe I um die immer weniger werdenden Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs konkurrieren, würden die Folgen katastrophal:

Trotz extrem kleiner Schulen, trotz Schließung vieler Schulstandorte, würden vielfach unerträglich weite Schulwege und gleichzeitig eine sich verschärfende Konkurrenz zwischen den Schultypen entstehen, die pädagogisch unsinnig und organisatorisch und finanziell mit immer größeren Belastungen verbunden wäre. Viele Gemeinden würden ihre weiterführenden Schulen aufgeben müssen, es würden neue regionale und soziale Ungleichheiten entstehen, die Jugendlichen würden abwandern. Hinzu kommt eine starke Belastung der Lehrerinnen und Lehrer: Sie haben sich in den vergangenen 6 Jahren mit einem ungeheuren Kraftakt in einem neuen Schulsystem zurechtfinden und gleichzeitig den Kindern und Jugendlichen Stabilität geben müssen. Weitere Jahre der persönlichen Existenznot, des Pendelns zwischen verschiedenen Kollegien, Geringschätzung der geleisteten Arbeit und des Hineinfindens in immer neue Arbeitsfelder werden Lehrerinnen und Lehrer kaum ohne Schaden für sich selbst und die Schülerinnen und Schüler überstehen.

Insgesamt lässt sich zusammenfassen: Einem Schulsystem,

- in dem Jahr für Jahr zahlreiche Kinder und Jugendliche scheitern,

- das in seiner alltäglichen Praxis auf Ausgrenzung und Hierarchie baut,
 - dessen Identität auch seinen Anhängern nicht mehr erkennbar ist,
 - das eine hinreichende Schulversorgung in zahlreichen Regionen nicht sicherstellen kann und
 - das regionale und soziale Ungerechtigkeiten verschärft,
- einem solchen Schulsystem kann und darf die Zukunft nicht gehören.

In dieser Situation kommt der integrierten Gesamtschule eine Schlüsselrolle zur Sicherung des Bildungsangebots in der Sekundarstufe I in vielen Regionen zu. Nur eine integrierte Schule wird in der Lage sein, trotz extrem zurückgehender Schülerzahlen und stark anwachsender Nachfrage nach höheren Bildungsabschlüssen ein flächendeckendes, wohnortnahes, organisierbares und finanzierbares Schulangebot zu erhalten. Nur so kann für alle Schülerinnen und Schüler das komplette Bildungsangebot mit allen Bildungsgängen bis zum Ende der Sekundarstufe I in erreichbarer Entfernung gesichert werden. Allerdings wird diese integrierte Schule in zentralen Punkten von Merkmalen abweichen, mit denen der Begriff Gesamtschule gemeinhin verbunden ist:

- Sie wird kein Großsystem sein, das durch Vielzahl eine möglichst große Palette von Angeboten besonders im Wahl- und Wahlpflichtbereich gewährleistet.
- Sie wird keine extensive Fachleistungsdifferenzierung in getrennten Niveauekursen als Nachweis eines vermeintlich begabungsgerechten Lernens haben.
- Sie wird nicht mit Hilfe von Grundschulnoten oder Laufbahneempfehlungen eine scheinbar optimale Schülerzusammensetzung definieren und herzustellen versuchen.
- Sie wird ihren Erfolgs- und Qualitätsnachweis nicht nur in einer möglichst hohen Quote an Übergängen in die eigene Sekundarstufe II und in einem hohen Output an Abiturienten sehen.

Die integrierte Schule als konsequente Antwort auf die oben beschriebene Problemsituation wird eine pädagogisch weiterentwickelte kleine Gesamtschule sein, die sich durch das ihr zugrunde liegende Menschenbild, durch ihr Lern- und Leistungsverständnis, durch eine prinzipielle Akzeptanz der Unterschiedlichkeit der Menschen und eine „Kultur der Vielfalt“ von selektiv orientierten Schulen unterscheidet.

Bei der Debatte um die Gestaltung der Gesamt-

schulen ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Entwicklungsgeschichten der Gesamtschulen in den verschiedenen Bundesländern sehr unterschiedlich verliefen und zu äußerst unterschiedlichen Bedingungen und Konsequenzen der jeweiligen Gestaltungssituation von Gesamtschulen geführt haben und weiter führen. Dessen ungeachtet betrachtet die GGG folgende Punkte als Basis ihrer Forderungen und des notwendigen politischen Handelns insbesondere in östlichen Bundesländern:

1. Die GGG vertritt die Einschätzung, dass drei- oder zweizügige (in besonderen Fällen sogar einzügige) Gesamtschulen spezifische Vorzüge gegenüber größeren Schulen haben, die vor allem auf einer besseren Überschaubarkeit, auf intensiveren und dichteren sozialen Interaktionsmöglichkeiten und auf einer möglichen flexibleren inneren Organisation beruhen. Als Nachbarschaftsschule in örtliches Umfeld eingebunden können auch kleine Gesamtschulen mit diesen günstigen Voraussetzungen ein breites Spektrum an Fähigkeiten, Neigungen und Interessen ihrer Schülerinnen und Schüler berücksichtigen.
2. Für die GGG ist die Vielfalt der Schülerschaft in einer Gesamtschule eine wichtige Chance, die es beim Zusammenleben und Zusammenlernen zu nutzen gilt. Die angestrebte Vielfalt ist aber nicht gleichzusetzen mit der Fixierung auf eine nach herkömmlich definierter Schulleistungsfähigkeit gedrittelte Schülerzusammensetzung. Ziel ist vielmehr, dass alle Kinder und Jugendlichen eines Einzugsbereiches, die die Gesamtschule wählen, dort angenommen, willkommen und ihrer Individualität akzeptiert sind, auch die Behinderten, die Superschnellen, die Schwierigen, die Spezialisten, die besonders Förderungsbedürftigen.
3. Die GGG hat sich schon immer darum bemüht, die äußere Fachleistungsdifferenzierung in Gesamtschulen zurückzudrängen, u.a. weil sie die Entwicklung stabiler sozialer Beziehungen - eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Lernen - erheblich erschwert, und weil sie die überkommene Fächertrennung, Fachspezialisierung und einen problematischen Leistungsbegriff verstärkt. Die GGG hat nach Kräften die Entwicklung nicht selektiver Formen der Individualisierung und inneren Differenzierung des Unterrichts gefördert und unterstützt, weil diese optimale Förderung aller Schülerinnen und Schüler, eine umfassende Lernbeobachtung und Lernrückmeldung und einen ganzheitlichen

Lernzugang für Schülerinnen und Schüler ebenso wie für Lehrerinnen und Lehrer am besten gewährleistet, ohne die soziale Integration zu gefährden.

4. Im ländlichen Raum bei geringen Schülerzahlen tritt die GGG für die „kleinere Gesamtschule“ mit eigener Primarstufe, also für die gemeinsame Schule von 1 bis 10 ein. Diese Schule kann auch nach Altersstufen gegliedert mehrere Standorte haben. Sie bietet den Vorteil eine konsequent aufbauende pädagogische Arbeit zu ermöglichen und ist Schwankungen der Schü-

lerzahlen gewachsen. Mehrere kleine Gesamtschulen kooperieren mit einer Oberstufenschule, die allgemein bildende und berufsbildende Wege enthalten soll.

Die GGG fordert von den staatlichen Institutionen die Anerkennung dieser spezifischen Gesamtschularbeit und eine entwicklungsbegleitende Unterstützung der Gesamtschulen.

Die GGG wird sich dafür einsetzen, dass sich diese Vorstellung auch in schulplanerischen und schulrechtlichen Vorgaben der Schulbehörden und Schulträger durchsetzen.

